

# Und plötzlich stehst Du im Rampenlicht

Die AG Betroffenheit des Innenministeriums nimmt die persönliche Situation von Polizisten nach kontroversen Einsätzen in den Fokus. Aus Sicht der GdP ist das überfällig.

**Jan Velleman**

Foto: Justin Brossch/GdP



„Schaulustige filmen einen Einsatz. Videos und Bilder finden sich nachher meist in sozialen Medien wieder.“

Das Gewaltmonopol der Polizei ist ein elementarer Bestandteil des Rechtsstaats. Eng damit verknüpft sind die besondere Beobachtung und Aufsicht, unter der die Polizei steht. Das geschieht einerseits durch polizeiinterne Aufsichtsstrukturen. Andererseits steht polizeiliches Handeln aber auch unter ständiger Beobachtung der Politik und der Öffentlichkeit. Regelmäßig steht nicht nur das Handeln der Polizei als Organisation, sondern gerade auch das Handeln einzelner Menschen im Fokus. Aus der Perspektive des Staats- und Verfassungsrechts leuchtet das unmittelbar ein. Die kritische Aufmerksamkeit, unter der die Polizei steht, ist die Kehrseite der weitgehenden Eingriffsbefugnisse, die ihr zustehen.

Wird polizeiliches Handeln im Einzelfall hinterfragt, hat das unter Umständen aber auch menschliche Konsequenzen. Polizeibeschäftigte, deren Einsatz im Fokus der Öffentlichkeit steht, müssen sich nicht nur damit abfinden, dass ihr Verhalten über die dienstrechtlich dafür vorgesehenen Mechanismen überprüft wird. Sie erleben auch, dass ihr Verhalten weit darüber hinaus öffentlich diskutiert wird. Was früher lediglich in den Zeitungen und vielleicht mal im Fernsehen stattfand, hat inzwischen über die sozialen Medien eine ganz andere Dimension erreicht: Die Verbreitungsgeschwindigkeit ist dabei nur ein Aspekt. Viel dramatischer ist, dass frühere Standards zum Persönlichkeitsschutz der betroffenen Polizisten nicht eingehalten werden. Gesich-

ter, teilweise Namen und Wohnorte, werden unmittelbar öffentlich gemacht. Vorverurteilungen, die sich hinterher als falsch erweisen, hinterlassen so dauerhafte Narben und prägen das Leben der Betroffenen oft entscheidend.

Medienberichte, Debatten im Parlament, Öffentlichkeitsarbeit der Behördenleitung und des zuständigen Ministeriums, Aufmerksamkeit in sozialen Medien: All das, vor allem all das zusammen führt schnell dazu, dass an einen normalen Alltag für die Betroffenen nicht mehr zu denken ist. Dienstliche Maßnahmen werden oft ohne Rücksicht darauf getroffen, dass sie schnell auch in den privaten Bereich wirken. Die Durchsuchungsaktion im eigenen Zuhause bleibt weder den Nachbarn noch dem weiteren Umfeld aus Familie und Freunden verborgen. Eben weil sie u. U. gefilmt und geteilt wird.

## Öffentliche Diskussion lässt sich nicht ausblenden

Im Gegenteil: Dem gesamten sozialen Umfeld der Betroffenen ist es kaum möglich, die öffentliche Diskussion im Kontakt mit den Betroffenen auszublenden. Wird die Identität Betroffener darüber hinaus auch noch in den sozialen Medien bekannt, müssen diese mit einer selten durch sachlichen Ton oder anständige Umgangsformen geprägten Empörungswelle klarkommen.

Für die Betroffenen kann sich eine derartige Situation schnell zu einem fatalen Strudel entwickeln: Während rings um sie herum über sie gesprochen wird und sie mit Vorwürfen konfrontiert werden, haben sie selbst kaum Möglichkeiten, auf das Geschehen Einfluss zu nehmen, oder auch nur die nächsten Schritte zu erfahren. Weil Ermittlungen im Regelfall durch die Nachbarbehörde geführt werden, sind der eigenen Dienststelle in der Kommunikation mit den Betroffenen enge Grenzen auferlegt. Die formalisierte Struktur von Disziplinarverfahren tut ein Übriges: Die oft unnötig harte Verfügungssprache und lange Verfahrens-



**18, 20, Zwo ...** Beim traditionellen GdP-Skatturnier in Hattingen wurde kräftig gereizt. Harald Balter hatte am Ende die Nase vorn und sahnte den Preis als bester Spieler ab. Gewonnen haben aber irgendwie alle – das waren zwei tolle Tage!

Foto: Inger Eiben

## Fortsetzung von Seite 1

dauern in Disziplinarsachen lassen bei den Betroffenen häufig das Gefühl entstehen, dass die Unschuldsvermutung für sie nicht gilt.

Selbst nachdem alle Vorwürfe ausgeräumt sind, hinterlassen die Verfahren bei den Betroffenen nicht selten ein schlechtes Gefühl: Der eingetretene Schaden im persönlichen Umfeld lässt sich häufig nur schwer wieder vollständig reparieren. Aber auch das Gefühl, von der eigenen Dienststelle nicht ausreichend unterstützt worden zu sein, wird durch den nüchternen Ton einer Einstellungsverfügung kaum beseitigt. Eine Entschuldigung oder gar öffentliche Rehabilitation der Betroffenen findet nur selten statt. Das Medieninteresse ist verfliegen und in der Politik ist die Krise abgehakt. Vor Ort aber bleibt der Eindruck, dass Polizisten ihren Dienstposten wegen Vorwürfen wechseln mussten und „nur Glück hatten, dass da nicht noch mehr bei rausgekommen ist“. Personalräte der GdP müssen dann z. B. regelmäßig darum kämpfen, Beschuldigten nach ihrer Entlastung eine Rückkehrmöglichkeit auf ihren ursprünglichen Dienstposten zu ermöglichen.

## Dienstherr steht in der Verantwortung

Bei aller Berechtigung, die ein öffentliches Hinterfragen polizeilicher Maßnahmen gerade auch im Einzelfall hat, darf nicht aus dem Blick geraten, dass auch eine Entlastung das Ergebnis einer Überprüfung sein kann. Der erste Eindruck, den verwackelte Aufnahmen aus irgendeinem Mobiltelefon vermitteln, muss sich im Verfahren nicht bestätigen. Stellt sich heraus, dass die handelnden Polizistinnen und

# Gut gerüstet für den Wechsel

**W**ir sind gespannt!

„Antrittsrede des neuen Vorsitzenden“ – das ist Tagesordnungspunkt Nr. 8 bei unserem außerordentlichen Landesdelegiertentag am 4. Juli in Gladbeck. Wer wird diese halten? Wer wird das Schiff „GdP NRW“ künftig steuern, das mittlerweile ein ziemlich großes und mächtiges ist? Wie sieht die Route für die nächsten vier Jahre aus? Am 4. Juli, vermutlich in den Nachmittagsstunden, sind wir schlauer.

Zwei Kandidaten bewerben sich um die Nachfolge von Michael Mertens. Beide sind erfahrene Polizisten, beide sind GdPler durch und durch. Ernst Herget ist Vorsitzender des BV Arnsberg. Er ist 39 Jahre alt, Kriminaldirektor, stellvertretender Landeskassierer, im GVS ist er zuständig für Krimi-



**Patrick Schlüter**  
Fotos: Sven Vüllers/GdP



**Ernst Herget**  
Fotos: Sven Vüllers/GdP

nalitätsangelegenheiten inkl. Ausrüstung und Ausstattung. Patrick Schlüter (49) ist Vorsitzender des BV Ostwestfalen/Lippe. Er ist Erster Polizeihauptkommissar, im GVS ist er zuständig für Beamten-, Versorgungs- und Laufbahnrecht, Verwaltungsbeamte und Frauenpolitik/Landesfrauengruppe.

Etwa 200 Delegierte werden die Entscheidung treffen. Es wird eine gute Entscheidung sein. Die GdP NRW ist gut gerüstet für den Wechsel! ■

Polizisten alles richtig gemacht haben, dürfen sie nicht als „verbrannt“ aus der Situation hervorgehen. Auch wenn der Dienstherr die öffentliche und politische Auseinandersetzung im Einzelfall nicht kontrollieren kann, muss er doch versuchen, sie so zu gestalten, dass seine Beschäftigten sich dem notwendigen Verfahren selbstbewusst stellen können – im Vertrauen darauf, dass sie beim Beweis ihrer Unschuld auch ordentlich rehabilitiert werden. Aus Sicht der GdP ist es deshalb klar zu begrüßen, dass

das Innenministerium sich mit einer Arbeitsgruppe zum Thema „Betroffenheit“ genau diesen Fragen gestellt hat. Das Themenspektrum reicht von einer klaren Kommunikation mit den Betroffenen über einen weiteren Ausbau psychosozialer Unterstützungsmaßnahmen, der Vermeidung von Vorverurteilungen in der Kommunikation der Dienststelle sowohl nach außen als auch nach innen bis hin zur besseren Unterstützung der Rehabilitation von entlasteten Kolleginnen und Kollegen. ■



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

**DANKE!**

Es war mir eine Ehre.

**Michael Mertens,**  
Landesvorsitzender

**(heute zum letzten Mal an dieser Stelle)**

**Versorgung, Pflege, Beihilfe & Co:**  
Die Ansprechpartner für Senioren (APS) der GdP wissen Bescheid! Auf einem Seminar in Münster gab es jetzt frische Infos für APS und solche, die es werden wollen.

Foto: Brigitte Hollmann/GdP



## JAV-Wahl 2025: GdP überzeugt mit starkem Ergebnis – online, vor Ort, voll im Einsatz

Mit satten 89 Prozent der Stimmen und 127 Mandaten hat die GdP NRW bei der Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ein beeindruckendes Ergebnis eingefahren. Auch bei der PHJAV haben wir alle verfügbaren Sitze geholt – 5 von 5. Die Stimmen sind ausgezählt – das ist mehr als nur ein Wahlerfolg. Es ist ein deutliches Signal: Die junge Polizei setzt auf klare Haltung, Verlässlichkeit und eine Gewerkschaft, die zuhört.

Erstmals hat die GdP dabei auch neue Wege beschritten. Neben Plakaten, Flyern und Präsenz vor Ort spielte in diesem Jahr vor allem Social Media eine zentrale Rolle. Besonders der Schritt, Reels (kleine Videos) auf Instagram und ganz neu auch auf TikTok zu veröffentlichen, erwies sich als Volltreffer. „Wir wollten nicht nur in den Fluren hängen, wir wollten auch in den Feeds auftauchen“, erklärt Bianca Jurczyk, Spitzenkandidatin der Jungen Gruppe. „Es geht darum, da zu sein, wo die Kolleginnen und Kollegen sich bewegen. Mit Themen, die sie wirklich betreffen.“ Zwischen Einsatztraining und Polizeirecht war also auch mal Scrollen in den Pausen angesagt.

Aber auch analog war was los, und das ist auch gut so: Das Engagement vor Ort in den Ausbildungsbehörden war enorm. Die Kreisgruppen und die Junge Gruppe haben landesweit mit viel Energie und Herzblut für die Wahl geworben. Persönliche Gespräche, spontane Wahlaufrufe, Infotische mit Werbeartikeln in den Hochschulen haben gezeigt, was gelebte Gewerkschaft bedeutet. Nah dran, verlässlich und immer ansprechbar.

„Dieser Erfolg ist keine Selbstverständlichkeit. Er ist das Ergebnis einer starken, gemeinsamen Kraftanstrengung. Digital und vor Ort“, betont Michael Maatz, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP NRW.

Wahlberechtigt waren über 9.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter, Regierungsinspektorinwärterinnen und -anwärter, Auszubildende sowie FOSler. Gewählt wurde in 14 Ausbildungsbehörden. Die Wahlbeteiligung ist gleich geblieben.

Mit dem Rückenwind aus der Wahl startet die GdP nun in die Umsetzung. Im Fokus stehen klare Forderungen. Bessere Ausbildungs-

bedingungen. Kleinere Kursgrößen. Vollumfängliche Ausrüstung ab Tag eins. Faire Schichtzulagen. Mentale Gesundheit als gelebtes Thema. Digitalisierung und Nachhaltigkeit im Alltag der Polizei. **Imsel Bakir**



### Danke für Dein Vertrauen



## Chance vertan – die GdP bleibt dran!

Über die von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) angestoßene Diskussion, dass in Deutschland mehr gearbeitet werden muss, können Beamtinnen und Beamte in Nordrhein-Westfalen nur staunen. Eine Debatte aus einer parallelen Welt! Entgegen früherer Zusagen gilt für

Staatsdiener im größten Bundesland immer noch eine überlange Wochenarbeitszeit von 41 Stunden, auch im Schichtdienst. Und die sogenannte „Bagatellgrenze“ mutet den Kolleginnen und Kollegen auch noch jeden Monat bis zu fünf Stunden unbezahlte Mehrarbeit zu ...

Zumindest Letztere hätte die NRW-Politik jetzt ganz geschmeidig abräumen können. Im Landtag in Düsseldorf wurden Änderungen beim Laufbahnrecht debattiert. Und wenn man dafür das Landesbeamten-

**Fortsetzung auf Seite 4**



### Fortsetzung von Seite 3

gesetz ändert, kann man bei der Gelegenheit doch auch gleich die „Bagatellgrenze“ (§ 61) streichen – darauf hatte die GdP hingewiesen. Zahlreiche Kreisgruppen hatten ihre Landtagsabgeordneten angeschrieben. Aber nichts da! Die „Bagatellgrenze“ blieb unangetastet.

### „Bagatellgrenze“ ist unverfroren und übergriffig

Chance vertan! Schlimmer noch: Ins Landesbeamtengesetz wurde sogar ein Passus eingefügt, der die „Bagatellgrenze“ entsprechend auf Teilzeitbeschäftigte herunterbricht. Für die GdP ist klar: Von Polizistinnen und Polizisten geleistete Mehrarbeit kann niemals eine „Bagatelle“

sein! Die „Bagatellgrenze“ geht wie das Gesetz auf das Jahr 1973 zurück und hat mit einem modernen öffentlichen Dienst nichts zu tun. Die Einforderung von unbezahlter Mehrarbeit ist aus GdP-Sicht unverfroren und übergriffig.

Patrick Schlüter hält das, was im Landtag geschehen ist, für ein „fatales Signal“: „Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen wird einfach nicht gewürdigt“, klagt Patrick, der im GdP-Landesvorstand für Beamtenrecht zuständig ist. Innenminister Herbert Reul und Finanzminister Marcus Optendrenk

(beide CDU) sollen wissen: Die GdP wird das Thema immer und immer wieder vorbringen – so lange, bis es im Sinne der Kolleginnen und Kollegen gelöst ist! **Holger Dumke**



Der Landtag befasste sich mit dem Landesbeamtengesetz NRW. Foto: Bernd Schälte/Landtag NRW

# Eine Chance für die Direktion K

„Kriminalassistenten“ – dieses Wort geistert über die Kripo-Flure. Innenminister Herbert Reul will Tarifbeschäftigte mit Ermittlungsaufgaben bei einfacher Kriminalität betrauen. Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sollen so entlastet werden. Die GdP hat sich in einer breit aufgestellten Arbeitsgruppe mit dem Thema befasst. „Das kann eine Chance sein – wenn man es richtig macht“, erklärt Ernst Herget. Er ist im GdP-Landesvorstand für die Kripo zuständig und leitete die Arbeitsgruppe.

Die Ergebnisse der Gruppe fasst die neue GdP-Broschüre „Stärkung der Kriminalpolizei durch Tarifbeschäftigte“ zusammen. Besonders wichtig war dabei die Perspektive der Tarifkolleginnen und -kollegen, die ja schon die Kripo ganz wesentlich unterstützen – etwa bei der Spurensicherung oder bei KiPo-Ermittlungen im Internet.

Unser Eindruck: Den Kolleginnen und Kollegen ist es ganz wichtig, Teil des Teams 110 zu sein, Ermittlungsarbeit wird als bereichernd empfunden. Stellvertretend dafür folgendes Zitat aus den eigens geführten Interviews: „Ich hätte nie gedacht, dass ich so tief in die Ermittlungen eingebunden bin. Das macht mir große Freude und ist ein wesentlicher Teil meiner Berufsmotivation“, lautete eine zentrale Aussage.

Die GdP kann sich deshalb gut vorstellen, dass Tarifbeschäftigte stärker in Ermittlungen eingebunden werden. Wichtig ist, wie und in welchen Bereichen. Grundrechtseingriffe, massive zumal, müssen Beamtinnen und Beamten vorbehalten bleiben. Zudem muss klar sein, dass die Arbeitsbedingungen der Tarifbeschäftigten an die Tätigkeit angepasst werden. Das betrifft Aus- und Fortbildung, aber auch Arbeitsschutz und die dringend notwendige bessere Absicherung bei Dienstunfällen.

### Kritik an Bezeichnung „Kriminalassistent“

Die GdP regt an, dass Tarifbeschäftigte bei der Polizei NRW verstärkt in gemischten Ermittlerteams mit Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten eingesetzt werden. Das ist ein geeigneter Weg, um die Beschäftigten aus dem Tarifbereich sinnvoll und wirkungsvoll in die polizeiliche Praxis einzubinden. Darüber hinaus sollten Tarifbeschäftigte – etwa bei IT-Ermittlungen – in die Verordnung über die Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft aufgenommen werden. Dadurch würden die rechtlichen Grundlagen für die eigenverantwortliche Durchführung bestimmter Maßnahmen geschaffen.

Noch etwas ist uns sehr wichtig: Den Begriff „Kriminalassistent“ halten wir für unglücklich. Er hat einen abwertenden Beiklang. „Ermittlungsfachkraft“ erscheint uns geeigneter. **Camilla Ruppert**



Die GdP kann sich gut vorstellen, dass Tarifbeschäftigte stärker in Ermittlungen eingebunden werden. Wichtig ist, wie und in welchen Bereichen. Eine Broschüre fasst die Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe zusammen.



Die GdP NRW lebt vom Engagement ihrer vielen Mitglieder. In der Serie „Stark durch Euch“ stellen wir einige von ihnen beispielhaft vor.



# Sylvia Stoschek: „Die Kolleginnen und Kollegen brauchen Perspektiven!“

„Telefon- und Fernschreibvermittlung“ – so hieß das damals tatsächlich. 1989 hat Sylvia Stoschek da bei der Polizei in Dortmund angefangen. Aus den Fernschreibern quoll ein Wust von Papier, immer mehr und noch mehr. „Wir haben Berge von Papier von rechts nach links geschoben“, erinnert sich die Kollegin. Gut, dass das vorbei ist – lange vorbei!

schäftszimmer des Staatsschutzes, in der Personalabteilung oder in der Direktion Verkehr.

## Abschluss als Verwaltungsfachwirtin extern und auf eigene Kosten

Sylvia Stoschek hat sich mit großem persönlichen Einsatz beruflich weiterentwickelt. 2006 zum Beispiel machte sie extern und auf eigene Kosten (!) ihre Verwaltungsfachwirtin – die Behörde hatte sie dafür lediglich freigestellt. Mit der GdP setzt sich Sylvia gerade auch für Regierungsbeschäftigte bei der Polizei in NRW ein.

Fortbildung und berufliche Weiterentwicklung sind da ein großes Thema (neben angemessener Bezahlung). Die Situation ist zwar besser geworden, aber weit entfernt von gut. „Beim Fortbildungsangebot muss sich noch viel tun“, fordert Sylvia. Beim Personalentwicklungskonzept sieht sie ebenso viel Luft nach oben: „Die Kolleginnen und Kollegen brauchen Perspektiven!“

Bei der GdP NRW ist Sylvia Mitglied der Tarifkommission und vertritt zusammen mit den anderen Mitgliedern gerade unsere beiden Tarif-Frontfrauen Jutta Jakobs und Alex Engler, die krankheitsbedingt nicht zur Verfügung stehen. Auf Bundesebene ist sie stellvertretendes Mitglied der Tarifkommission. Sylvia ist zudem stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende in Dortmund. Und sie ist Personalrätin in ihrer Heimatbehörde sowie Ersatzmitglied im PPHR.

Das sorgt für ein volles Programm, zumal die Gewerkschaftsarbeit ja in der Freizeit anfällt. Zeit für Hobbys wie das Motorradfahren findet sich trotzdem, irgendwie. Dirk Bayer gewann Sylvia seinerzeit für die aktive Mitarbeit in der GdP. Die verheiratete Mutter einer erwachsenen Tochter engagiert sich gerne: „Die GdP ist für mich wie eine große Familie, in der ich mich wohlfühle und in der ich immer jemanden finde, der mir hilft.“ ■



Sylvia (57) ist gelernte Groß- und Außenhandelskauffrau und Regierungsbeschäftigte bei der Polizei in NRW. Im Präsidium in Dortmund leistet und verantwortet sie heute die Schuldnerberatung – ein Angebot, das es in NRW sonst nur noch im PP Köln gibt. Ein wichtiges Angebot! Polizistinnen und Polizisten sind vor Schulden nicht gefeit, mögen sie auch noch so angemessen verdienen.

„Wir sind ein Spiegel der Gesellschaft“, sagt Sylvia. Kaum eine oder einer ihrer Klienten hat gepasst: „Das sind absolute Ausnahmen!“ Fast immer gab es Schicksalsschläge, die dafür gesorgt haben, dass Menschen die Kontrolle über ihre Finanzen verloren haben. Sylvia hört gut zu. Als extra zertifizierte Schuldnerberaterin hilft sie mit ihrem Fachwissen und ganz praktischen Tipps.

Halt finden, Boden finden, wieder auf die Beine kommen. Darum geht es. Wer mit Sylvia spricht, merkt, wie sehr sie ihre Arbeit erfüllt. Angekommen. Zwischen der Schuldnerberatung und den Fernschreibern von 1989 liegen 36 Jahre und verschiedene berufliche Stationen im PP Dortmund – etwa im Ge-

Machen statt sollte, hätte, könnte, würde – der GdP-Slogan auf dem Anhänger passt zu Sylvia Stoschek. Das Bild entstand, als die Kreisgruppe Dortmund nach der Flutkatastrophe 2021 Unterstützungsgüter in den Rhein-Erft-Kreis brachte.

Foto: KG Dortmund



„Die Jahre bei der GdP möchte ich nicht missen“: Petra Morawietz wechselt in den wohlverdienten Ruhestand.

Foto: privat

# Mach's gut, Petra!

Und, wie sind sie so? „Herzlich, kollegial, bodenständig, demokratiefest“ – so beschreibt Petra Morawietz (65) GdP-Mitglieder. Viele von ihnen hat Petra kennenlernen dürfen. Sechs Jahre war die Volljuristin beim Landesbezirk NRW beschäftigt, hat mit Camilla Ruppert die Tarifabteilung geleitet. Nun, zum 30. Juni, ist die Düsseldorferin in den Ruhestand gegangen – die Erinnerung an die vielen Begegnungen wird bleiben.

Für Petra, die zuvor 25 Jahre in der Luftfahrtbranche in der Personalvertretung tätig war, steht fest: „Die Jahre bei der GdP möchte ich nicht missen!“ Ihr Blick auf die Arbeit der Polizei habe eine neue Perspektive bekommen. Und, was sich echt gut angefühlt hat: Bei der GdP habe sie „gleich in doppelter Hinsicht bei den Guten gestanden“ – einmal bei der Polizei (sprich: ihren Beschäftigten) und zum anderen bei einer Gewerkschaft.

Gerade im Tarifbereich waren es fürwahr bewegte Jahre. Als Petra zur GdP kam, begann bei der Polizei NRW gerade die Zeit der

Neueinstellungen von Regierungsbeschäftigten auf breiter Front. Heute arbeiten insgesamt rund 10.000 Tarifkolleginnen und -kollegen. Ihr Beitrag zum Erfolg des Teams 110? Unverzichtbar!

Wenn alle Tarifbeschäftigten von jetzt auf gleich die Arbeit niederlegen würden: „Das gäbe einen Systemabsturz“, meint Petra Morawietz. Eine Ahnung davon (ausdrücklich ohne Systemabsturz) gab es beim Streik in der Tarifrunde 2023, als Kolleginnen und Kollegen in ganz großer Zahl dem GdP-Aufruf gefolgt waren. „Großartig, dass so viele in Düsseldorf auf der Straße waren“, sagt Petra. Und gelohnt hat es sich ja auch!

Vieles hat sich bei der Polizei im Tarifbereich getan – zum Beispiel gibt es beim LAFP mittlerweile eine zentrale Stelle für die Belange von Regierungsbeschäftigten. Manches hat sich aber auch nicht getan. So warten die Kolleginnen und Kollegen immer noch auf die lange versprochene einheitliche Dienst- und Schutzkleidung. „Für Nor-

malsterbliche ist so etwas nicht zu verstehen“, meint Petra. Die GdP bleibt am Ball!

Dieser Artikel darf nicht enden, ohne auf die Seniorengruppe und den Arbeitskreis ZA einzugehen. Beide hat Petra Morawietz für die Landesgeschäftsstelle begleitet, beide lagen ihr sehr am Herzen. Bei beiden ist sie auf das leidenschaftliche Engagement von Ehrenamtlern getroffen, das sie auch im Tarifbereich so beeindruckt hat.

„Ich glaube, was in der GdP an Kümmerer-Arbeit für Pensionäre und Rentner und Angehörige geleistet wird – das ist beispiellos“, ist Petra überzeugt. Und mit dem Arbeitskreis ZA habe die Polizeiverwaltung engagierte Streiter, die genau die richtigen Themen anpacken (z. B. die Forderung nach einer Verwaltungszulage).

Petra Morawietz geht mit einem guten Gefühl. Sie freut sich auf mehr Zeit für Hobbys und Sport, für die Familie, für Reisen. Beim GdP-Landesbezirk führen andere ihre Arbeit fort. Die Leitung der Tarifabteilung liegt fortan bei Camilla Ruppert allein, Marco Neblik unterstützt sie als Referent. Brigitte Hollmann hat die Seniorengruppe übernommen, Camilla Ruppert den Arbeitskreis ZA. **Holger Dumke**

## DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen  
ISSN 0170-6462

### Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon (0211) 29101-0  
Telefax (0211) 29101-46  
www.gdp-nrw.de  
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:  
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

### Redaktion

Holger Dumke (V.i.S.d.P.)  
Imseil Bakir  
Uschi Barrenberg  
Telefon (0211) 29 10 1-32  
holger.dumke@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 30. Juni.**

# **Der Sommer ist da, jetzt noch kurzfristig Urlaub buchen!**

**Rufen Sie uns an,  
gemeinsam finden wir auch  
Ihren Traumurlaub.**

**GdP Reiseservice  
Telefon 0211 - 291 01 60  
[www.gdp.reisen](http://www.gdp.reisen)**



**REISE-SERVICE**  
GdP-Service-GmbH NRW



@gdpreisen



**Glücksnummern des Monats**  
Die Gewinner im Juli erhalten einen  
Thalia-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 06064, Essen/Mülheim  
45 01144, Mönchengladbach  
45 57797, LZPD

# Klimaschutz bei der GdP NRW: Auf der Zielgeraden zur Zertifizierung

Die GdP NRW engagiert sich aktiv für die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit und befindet sich auf der Zielgeraden des Klimaschutzprogramms der Stadt Düsseldorf, „Ökoprot“. Seit dem Start des Projekts im September 2024 wurden zahlreiche Umweltthemen in Workshops behandelt und Maßnahmen auf der Landesgeschäftsstelle umgesetzt. Mit dem letzten Workshop Anfang Mai wurden die finalen Vorbereitungen für die Abschlussprüfung im September getroffen. Bei erfolgreichem Bestehen der Prüfung winkt die offizielle Zertifizierung im Oktober im Tanzhaus NRW. Die GdP NRW hat seit Beginn wichtige Veränderungen umgesetzt, um ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern:

- Umstellung auf einen Zentraldrucker,
- Verwendung von „Blauer Engel“-zertifiziertem Papier,
- Einführung von Mülltrennung,
- Papier sparen durch Digitalisierung,
- weniger Druck von Broschüren, stattdessen QR-Codes,
- reduzierte Wasser- und Heiztemperaturen und optimierte Kühlanlagen,
- stromsparende Kippschalter an den Arbeitsplätzen,
- Bewegungsmelder auf den Fluren (statt Lichtschalter),
- Augenmerk auf nachhaltigere Beschaffung von Büro-, Verbrauchs- und Werbemitteln.

Das Projekt zeigt: Klimaschutz ist keine Aufgabe einzelner, sondern ein gemeinschaftliches Ziel. Die bisherigen Maßnahmen wären ohne die Mitwirkung vieler Kolleginnen und Kollegen nicht möglich gewesen. Die GdP NRW bleibt auch über die Zertifizierung hinaus auf nachhaltigem Kurs. **Steffi Bauer**



Die Teilnehmer haben sich noch zu einem letzten Workshop getroffen – nun richten sich die Blicke auf die Abschlussprüfung im September.

Foto: einsünff GmbH



## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Heinsberg

**12. August 2025**, 15 Uhr, Seniorengrillfest  
Haus am See, Wiesengrund 26, 41836 Hü-  
ckelhoven (Adolfsee)

### Kreisgruppe Dortmund

**13. August 2025**, 16 Uhr, Seniorentreffen  
mit Neuwahlen des Seniorenvorstands in  
der Kantine des PP Dortmund, Markgrafen-  
str. 102, 44139 Dortmund

